

Die Verwicklung von Recht, Ethik und Subjekt

Über Probleme in der aktuellen »Aufarbeitung« sexualisierter Gewalt in den Kirchen

Von Mathias Wirth

Wer einmal eine traumatisierende Erfahrung gemacht hat, kennt die Bedeutung, die das Erzählen einer solchen Episode hat. Dabei geht es nicht nur um einen Umgang mit den psychischen Komponenten eines solchen Erlebnisses. Vielmehr reklamieren Details, die mit einer anderen Person geteilt werden, moralischen Status im Sinne einer unverletzlichen Erfahrung. Da jedes Widerfahrnis ein Subjekt hervorbringt, wird die konkrete Erfahrung zum unhintergehbaren Grund einer moralischen Evaluation des Geschehenen und damit verbundener Verantwortungsdiskurse. Rechtliche Bezugnahmen bleiben notwendig subjekttheoretisch reduziert, weil ein damit verknüpfter Fokus notwendig auf dem Level rechtlicher Beurteilung verbleiben muss. Referenz ist ein Konsens über das, was mit Strafe belegt werden soll und für Rechtsfrieden sorgt und nicht das, was die Person, die Ziel von Gewalt wurde, als relevante moralische Stimme an normativen Ansichten über verweigerten Schutz vor Verletzung der körperlichen und sexuellen Selbstbestimmung artikuliert.¹ Insofern bietet das Recht primär Kommunikation mit Beschuldigten und nicht mit Betroffenen (Rostalski 2022, 66).

Wenn sich kirchliche Amtspersonen in ihren Reaktionen auf Veröffentlichungen von Rechtsgutachten so verhalten, als sei damit eine angemessene weil umfassend anerkennende Grundlage für die Kommunikation mit den Personen gelegt, die Ziele sexualisierter Gewalt wurden, bahnt sich ein Kategorienfehler an. Den hat jüngst der römisch-katholische Bischof von Mainz, Peter Kohlgraf, zur Aufführung gebracht. Als Antwort auf juristische Befunde zu Episoden sexualisierter Gewalt reagiert er mit einer ambivalenten Rhetorik von Superlativen des Schockiertseins, die schließlich nicht mehr zu leisten vermag, als in ihrer Rechtsbezüglichkeit auf einen gewissen Abstand zu den Betroffenen zu gehen.² Obwohl hier ein bloßes Anfangen der

-
1. Jedoch birgt das Strafrecht durch den Blick auf die »Gesinnung« von beschuldigten Personen und die Frage nach »Wiedergutmachung« im Ansatz Komponenten, die an die ethische Debatte anschließen können.
 2. Für das Christentum lässt sich das, was heute als sexualisierte Gewalt rubriziert wird, seit der Antike nachweisen. Kirchenhistorische Evidenz richtet sich mithin gegen die Annahme, sexualisierte Gewalt in den Kirchen sei ein exklusives Problem des 20. Jahrhunderts (Dale/Alpert 2007, 60; Rashid/Barron 2018, 778–779). In ethischer Perspektive ist dieser Hinweis deshalb relevant, weil vor diesem Befund fraglich wird, warum oft der Eindruck erweckt wird, Kirchenverantwortliche stünden ohne jede Vorbereitung völlig erschüttert vor einem unbekannten Terrain, wenn es zur Veröffentlichung juristischer Gutachten kommt (Großbölting 2022, 129). Mit dem Vorkommen sexualisierter Gewalt in den Kirchen verbanden sich daher lange und bis heute keine ethischen Fragen an die Organisation von zum Beispiel kirchlichen Institutionen. Das liegt zum Teil daran, dass sexualisierte Gewalt fälschlich als isoliertes Problem dargestellt wurde (Anselm 2022, 61; Keupp 2021, 150; Witt/Brähler/Plener/Feger 2019, 2).

Aufarbeitung betont wird, kommt es auf der Ebene von Deutungsmacht zu einer entgegengesetzten Kommunikation. Denn es wird der fatale Eindruck erweckt, das Wesentliche des Grauens sei erfasst, das kirchliche Amtspersonen ausgelöst haben, obwohl Betroffene nur mit der aus guten Gründen juristischen Epistemologie berücksichtigt wurden. Warum sollten Betroffene dann aber noch im Detail gehört werden, wenn aufgrund der juristischen Bewertung, die Subjekte nur perspektiviert, das heißt als Woraufhin und nicht Wovonher adressiert, ein umfassendes moralisches Urteil möglich scheint? Trotz allem gezeigten *good will* kann nicht an der erneut gewaltförmigen Bezugnahme vorbeigeschaut werden, die solche Superlative der Entrüstung bedingen, deren Gehalt bei Licht besehen eine subjektaktivierte Befassung verhindert. Im Gegenteil, betroffenen Personen wird durch die Reaktion eines weiteren Kirchenverantwortlichen die Möglichkeit genommen, das Trauma so zu erzählen, dass der individuelle moralische Status als Wovonher jeden Woraufhins transparent wird.

Strukturen der Gewalt setzen sich indes fort, wo weiterhin nur das Naheliegende im Kontext sexualisierter Gewalt in kirchlichen Kontexten gedacht wird. Bei genauer Inspektion enthält das Recht jedoch eine Referenz auf die Moral, die dort zu nächsten Schritten mobilisiert werden kann, wo ein ernsthaftes Interesse besteht, sexualisierte Gewalt umfassend zu beachten. Es kann argumentiert werden, wie im Folgenden diskutiert werden soll, dass gerade eine gewisse Abblendung des Subjekts im Recht die Relevanz einer moralischen Aufblendung des Subjekts und damit den Sinn einer Fokussuche unterstreicht, bei der betroffene Personen primär als Wovonher und nicht als Woraufhin der Beschäftigung mit Gewalterfahrungen erscheinen.

Die komplexe Verwicklung der Ethik in das Recht bildet mithin keine gleichförmige Verwicklung des Rechts in die Ethik aus. Diesen Anschein erwecken allerdings in bestimmten Kirchen endemische Inszenierungen von Rechtsgutachten (Wirth, Noth, Schroer 2022, 2), wie das jüngst im römisch-katholischen Bistum Mainz vorgestellte. Insofern darauf mit moralischem Ton und Empörung reagiert wird, entsteht der Eindruck, die rechtliche Aufarbeitung sei eben mehr als dies.

Der Überhang ethischer Bearbeitung erfahrener Gewalt gegenüber ihrer juristischen Bewertung wird ersichtlich, wenn selbst beim unmittelbaren Eingeständnis eines Delikts und aller damit verbundenen Massnahmen in den Kirchen die Angelegenheit nicht einfach aus der Welt ist (Noll/Harvey 2008, 395). Das hat der theologische Ethiker Jochen Sautermeister ebenfalls hervorgehoben, denn »[...] eine dominante Fokussierung auf diese Form [rechtliche] der Bearbeitung von Vergehen für eine existentielle und substantielle Aufarbeitung von Schuld [ist] nicht hinreichend« (Sautermeister 2020, 271). Die Massivität des Leids Betroffener, das regelmässig mit sexualisierter Gewalt assoziiert werden muss, soll, so die Emphase des Programms der Aufarbeitung, eine umfassende Antwort finden (Castellucci 2022, 804). Es ist offensichtlich, dass eine juristische Bezugnahme trotz ihrer Bedeutung für Folgerungen und Ursachenforschungen unzureichend bleibt (Powroznik/Rüschenschmidt 2021, 31).

Damit ist das Recht nicht gegen ethische Fragen immunisiert. Es muss sich mithin fragen lassen, ob es angemessen auf vorherrschendes Unrecht und seine Subjektivationsformen reagiert. Diese Diskussion betrifft nicht zuletzt das Sexualstrafrecht. Würde deutlicher, dass es sich bei vielen Verletzungen der körperlichen und sexuellen Selbstbestimmung um »elementare Rechtsverstösse« (Schockenhoff 2008, 4) oder sogar um »schwerwiegendste Straftaten« (Rostalski 2022, 65) handelt, käme das dahinterstehende Subjekt, dem eben keine Lappalie widerfahren

ist, klarer zum Vorschein (Huber 2006, 65). In Übertragung gilt allgemein: »Faktisch wird bis heute von staatlichem Recht weltweit ein hohes Mass an Unrecht gedeckt« (Kreß 2012, 69). Ein stärkerer Fokus nicht auf das Subjekt, sondern vom Subjekt her könnte dazu verhelfen, den möglichen »Immobilismus, das Untätigbleiben des Gesetzgebers« (ebd. 70) zu adressieren, etwa im Zusammenhang mit schwerwiegenden Problemen bei sexualisierter Gewalt in religiösen Kontexten (Hofmann 2022, 168; Rostalski 2022, 66).

Auf diese Weise wird keine ungültige Einflussnahme der Ethik auf das Recht vorgeschlagen, sondern die Transparenz der notorischen Verbindung beider Normwelten in den Blick genommen (Honneth 2021, 42). Das Recht ist auf die Moral der Bürger*innen angewiesen, auf die wiederum Ethik reflektiert, denn der »normative Kern der demokratischen Verfassung muss, gerade im Hinblick auf die Stabilität des politischen Systems, im staatsbürgerlichen Bewusstsein, das heißt in den impliziten Überzeugungen der Bürger selbst, verankert sein« (Habermas 2022, 16). Dies betrifft also nicht nur die Genese des Rechts, sondern auch seine Geltung im Sinne von Zustimmungsfähigkeit (Benhabib 1995, 3–29). Zwar müssen das Recht und Trümpfe der Moral manchmal gegen die Moral oder Unmoral bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen verteidigt werden (Honneth 2021, 43).³ Insgesamt lebt das Recht aber davon, eine anerkannte Verpflichtung zu sein (Hofmann 2022, 194; Huber 2006, 80). Der Rechtsstaat kollabiert, wenn jedes Recht mit Hilfe der Gerichte oder der Polizei durchgesetzt werden müsste. Selbst die Sanktionsandrohung allein reicht nicht, denn viele Übertritte des Rechts werden faktisch nicht geahndet (Pawloski 1996, 277). Für das, was zum Erreichen des Guten zu tun ist, genügt allerdings nur dem Rechtspositivismus der Rekurs auf das Gesetz (Köhler 2017, 4). Effektiv und usuell ist das Vorhalten moralischer Argumente, die ein konkretes Recht plausibilisieren (Bayertz 2011, 33). Um ein Beispiel zu nennen: »[...] die Frage nach der sittlichen Beurteilung der Homosexualität kann nicht mit einem Zitat aus dem Strafgesetzbuch beantwortet werden« (Huber 2006, 80).⁴

Das betrifft ebenso die Genese eines Gesetzes im Rechtsstaat: In einem Parlament werden verschiedene Gründe für oder gegen ein Gesetz vorgebracht, und dann finden argumentative Abwägungsprozesse statt. Gerade bei solchen Ordnungen, die elementare Vollzüge des Lebens, nicht nur das von Menschen betreffen, kommt moralischen Gründen eine nicht unerhebliche Rolle zu: »Alle wichtigen rechtspolitischen Kontroversen haben eine sittliche Dimension« (ebd. 86). Insofern innerviert Ethik mit ihrem Angebot zur Reflexion auf Moral per Legislative

3. So gesehen besteht das Verhältnis von Recht und Moral nicht allein in einer Innervation der ersten Sphäre durch die andere. Denn der Sinn des Rechts kann so dechiffriert werden, dass es stets dann virulent wird, wenn die »[...] Alltagsmoral [...] die minimale Kohärenz zu verlieren beginnt, die für die soziale Integration komplexer Gesellschaften erforderlich ist« (Honneth 2021, 72).

4. Neben der rechtspositivistischen Zurückweisung finden zudem andere Form der Distraktion von Ethik und Recht, wie sie in der Naturrechtslehre vorkommt, heute weniger Zustimmung. Nach dem natural law liegt jeder staatlichen Ordnung eine Ordnung Gottes voraus, die durch erstere reflektiert werden müsse (Wrege 1997, 24). Allerdings gibt es Bemühungen, dass natural law, besonders in reformierten Kontexten, so zu verstehen, dass damit eine Ordnung der Gerechtigkeit gemeint ist, die auch nach dem biblischen Sündenfall gilt. Mit Gen 4,15 und Gen 9,6 jedenfalls liegen Textzeugen vor, die nahelegen, dass Gott die Welt postlapsarisch moralisch nicht völlig sich selbst überlässt. Konkret bleibe die Gottebenbildlichkeit mit ihren moralischen Konnotationen und besonders mit der Fähigkeit, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, in gewisser Hinsicht bestehen. Das wird im Neuen Testament Jesus mit Rekurs auf die Goldene Regel (Mt 7,12) einschärfen. Es wird damit Bezug auf etwas genommen, dass ganz unabhängig von religiösen Erfahrungen als Gut erkannt werden kann (Rheeder 2016, 452–453).

das Recht (ebd., 74). Dabei spielt insbesondere die theologische Ethik eine spezifische Rolle, da sie sich nachdrücklich kritisch zu Darstellungen des Kontingenten als notwendig oder sogar sakrosankt verhält (Barth 1978, 212). Dann ist alles, was als Gesetz kodifiziert ist, in der notwendig demystifizierten, jedoch dadurch nicht wirkungslosen Weise nichts anderes als eine »Ordnung der menschlichen Gemeinschaftsverhältnisse, wie sie vom Staat ausgeht« (Brunner 1978, 435).

Weiter ist einzuräumen, dass Aufarbeitung nicht einfach durch Hinzunahme verschiedener wissenschaftlicher, persönlicher wie kirchlicher Voten funktioniert. Aufarbeitung scheint nichts zu sein, was einfach fabriziert werden kann (Castellucci 2022, 804). Dennoch ist der Fokus auf die Ethik, deren Bedeutung sich bisher in der juristischen und historischen Aufarbeitung mitsamt den impliziten normativen Setzungen andeutet, aufgrund der programmatischen Berücksichtigung der konkreten Situation und moralischen Stimme des Subjekts geeignet, einen wesentlichen Beitrag zur Evaluation dessen zu leisten, was passiert ist. Dies kann und will das Recht mit dem ihm eigenen »fragmentarischen Charakter« (Schockenhoff 2008, 6), der vor einem übergreifenden Staat und somit Liberalität schützt, nicht erreichen. Es ist ethische Deliberation, die über Bedingungen der positiven Berücksichtigung nachdenkt, die im besten Fall für eine sittliche Gemeinschaft gelten müsste. Liebe und Barmherzigkeit kann der Staat nur bedingt fordern und noch weniger einklagen, eine sittliche Gemeinschaft, wie sie in Freundschafts-, aber auch Religionsdiskursen begegnet, mitunter schon (Kreß 2012, 63). Eine solche Gemeinschaft erwartet von ihren Mitgliedern mehr als das, was forensisch gefordert wird und kann sich im Bewusstsein von Verantwortung dem widmen, was Personen eigentlich voneinander erwarten können (Bayertz 2011, 33).

Religionen, gerade hinsichtlich ihrer moralischen Ansprüche, beziehen sich also tendenziell, wie die Ethik, auf das *forum internum* einer Person und nicht primär, wie das Recht, auf das *forum externum* der äusserlichen Bewertung von Handlungen (ebd., 59). Dem Recht muss es bis zu einem gewissen Grad gleichgültig sein, ob es intrinsisch oder extrinsisch motiviert befolgt wird (Birnbacher 2011, 68). Zwar kann leicht eingewendet werden, gerade für das religiöse Subjekt mache das Innen-Aussen-Differential keinen Sinn. Es war zum Beispiel die Barmer Theologische Erklärung, die hervorhebt, es könne im Christentum keine Trennung zwischen Gehalt und Form geben, also zwischen einem Glauben im Inneren und einer davon distrahierten Praxis (Barmen III) (Polke 2022, 196). Es gehört daher insbesondere zur reformierten Lehrgestalt des Protestantismus, anders als in der lutherischen Tradition mit ihrem Zwei-Reiche-Denken oder der Betonung des inneren Menschen (Ulrich 2010, 51), auf das Recht und seinen konstruktiven Anteil an einem gerechten Leben, das auch und vielleicht gerade äussere Vollzüge betrifft, zu reflektieren.

In reformierter Optik traut man daher regelmässig der rechtlichen Regelung sozialer und moralischer Verhältnisse zu, Bedeutung für ein christliches Leben zu generieren. Das erstaunt auf den ersten Blick, weil bestimmte Gesetze, die im Christentum eng mit Gottes Offenbarung verbunden sind, einen höheren Status zu haben scheinen als andere Arten von Weisungen.⁵ Hans Ulrich hat dagegen bekräftigt, es gehe lediglich um verschiedene Erörterungszusam-

5. Es fällt zum Beispiel auf, dass die Grundnorm, nicht zu töten (»You shall not kill«), keineswegs allein im Dekalog vorkommt (Ulrich 2010, 58).

menhänge der Gerechtigkeit Gottes. Jene, so Ulrich mit Karl Barth, transformiere Personen in verschiedenen Kontexten (Vos 2015, 212) und es ist nicht ausgeschlossen, dass dies auch in anderen Bereichen der Gesetzgebung geschieht (Ulrich 2010, 57). Dies wird zum Beispiel in der Lehre vom *tertius usus legis* ersichtlich und in der Annahme, das Recht, insofern es dem Geist Gottes entspricht,⁶ helfe auf dem Weg, der allein durch Gottes soterische Initiative geebnet ist: »The right of the neighbour has to be continuously awakened by God's commanded law« (Ulrich 2010, 53).⁷ Das Anliegen, Aufarbeitung sexualisierter Gewalt mitsamt den unaufhebbaren rechtlichen und historischen Klärungen durch stärkere ethische Deliberation zu erweitern, basiert auf der Vorstellung nicht-separierter rechtlicher und moralischer Welten (ebd. 136). Gemeint ist die Möglichkeit, überhaupt etwas mit menschlichen Institutionen so zu regeln, dass sich Verhältnisse massgeblich verändern. Für die theologische Ethik ist dabei die biblische Tradition ein unhintergebarer Horizont, der auf rechtliche und soziale Verhältnisse bezogen wurde und wird.⁸

Bezogen auf die Frage nach dem Verhältnis von Recht und Ethik findet sich in der Unterscheidung zwischen Innen und Aussen eine eigene Ratio, weil damit staatliche Instanzen Sphären des Persönlichen und mithin Pluralität prinzipiell nicht okkupieren (Köhler 2017, 6). Diese Limitiertheit des Rechts muss präzisiert werden, will sie keine Legitimation für einen Immobilismus sein, der sich nicht für ein stets besseres Recht offen zeigt (Rostalski 2022, 65). Wie dem Subjekt gerecht zu werden ist, ohne dadurch selbst Gewaltförmigkeit freizusetzen, ist nicht alleinige Aufgabe der Ethik, die jedoch Transformationen argumentiert (Köhler 2017, 5).

Klassisch für die bis hierhin herausgeforderte Unterscheidung zwischen Recht und Ethik ist die kantianische Unterscheidung zwischen Moralität und Legalität (Kreß 2012, 59). Man verfällt nicht gleich einem moralistischen Fehlschluss, wenn angenommen wird, Leben sei besser, wo nicht nur das gemieden wird, was unter Strafe steht, sondern Orientierung an dem erfolgt, was positiv als Gutes ausgewiesen wird. Insofern religiöse Gemeinschaften solche sittlichen Gebilde ausbilden, bleibt es irritierend, wenn sie sich im Fall eines Aufklärungswillens von sexualisierter Gewalt lediglich auf die Position des Rechts stützen.

Die Unterscheidung von Recht und Ethik hat insgesamt nicht nur eine limitierende Wirkung auf den Zugriff staatlicher Organe in die Privatsphäre der Personen, was als Errungenschaft gewürdigt wird (ebd. 60; Hofmann 2022, 192) und wiederum in der Barmer Theologischen Erklärung als Absage an die Herrschaft eines Staates begegnet (Barmen V) (Huber 2006, 507). Daraus folgt, das Recht eines jeweiligen Staates unterliegt der Frage, ob gerecht ist, was zum

6. Vgl. Ulrich 2010, 53: »They [Christians] have experienced that divine justice and the practice that accord with it. Here we find a living ground of human laws and justice. This includes the development of a welfare state which is concerned to establish social justice [...]«

7. Ausgeklammert wird in der Lehre vom *tertius usus legis* die Frage, warum die Gesetzgebenden und die Auslegungsinstanzen nicht selbst auf eine unterstützende Kraft durch das Gesetz angewiesen sein sollten (Anselm 2022, 72).

8. Karl Barths Unterscheidung zwischen Bürgergemeinde und Christengemeinde, wobei Letztere Erstere an das »wahre und wirkliche Mass ihrer Gerechtigkeit erinnert[t]« (Barth 1970, 66), ist schließlich wegen der frappierenden Ungerechtigkeit innerhalb der Christengemeinde und am Beispiel der oft nicht angemessenen Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt zwar nicht mehr einfach zu akzeptieren. Dennoch könnte, bei aller nötigen Brechung, eine »heilsam beunruhigende Gegenwart [...] der Christengemeinde« (ebd.) darin bestehen, den Ansatzpunkt der Gerechtigkeit stets kritisch und aus genuin theologischen Gründen stärker vom Subjekt abhängig machen (Wirth 2021, 208–209).

Recht erhoben wurde. Es ist rechtsethisch unumstritten und wird zum Beispiel von Ernst-Wilhelm Böckenförde oder Niklas Luhmann vertreten, dass, was zugleich die Barmer Erklärung insinuiert, Recht nicht befolgt werden darf, wenn es nach ethischem Urteil ein Unrecht darstellt (Pawloswski 1996, 276). Die Differenzierung von Staat und Recht bietet ethischer Deliberation nun die Freiheit, so über Modalitäten des guten Lebens nachzudenken, dass deren Nichtbeachtung zu einem Urteil führt, das zwar wünschenswerte Klarheit haben kann, sich jedoch nicht zugleich in gewaltförmige Strukturen verwickelt, die mit dem Recht und seiner Durchsetzung notwendig verbunden sind (Huber 2006, 77).

Schliesslich liegt der Unterschied zwischen Recht und Ethik in theologischer Optik gerade darin, worauf wiederum Karl Barth verwiesen hat, dass keine Ordnung, keine Kirche, aber eben auch kein Gesetz so etwas sein könnte wie der umfassende Ausdruck des Gebotes Gottes oder, allgemeiner, des Guten (Anselm 2013, 32). Es ist Aufgabe der Ethik, diese Brechung nicht nur zu erinnern, sondern ebenso argumentativ zu fundieren und dann Kritik des *status quo* zu praktizieren. Eine für die Ethik wichtige Begründung ist die in Gottes Gebot wie im Guten notorische Adressierung des konkreten Subjekts. Was Gottes Gebot oder was das Gute in Absehung vom Subjekt sein soll, kann nur schematisch erfasst werden. Vor diesem Hintergrund fällt die letztlich retraumatisierende »Tendenz der Entsubjektivierung« (Sautermeister 2020, 273) im Kontext der »rechtlichen Aufarbeitung« (ebd.) von sexualisierter Gewalt durch die Kirchen und ihre Kommunikation besonders negativ auf.

Prof. Dr. Mathias Wirth

Universität Bern

Institut für Systematische Theologie, Abt. Ethik

Länggassstr. 51

CH-3012 Bern

mathias.wirth@unibe.ch

Literaturverzeichnis

- Anselm, Reiner* (2022): Toxische Leitvorstellungen, in: Claussen, Johann Hinrich (Hg.), *Sexualisierte Gewalt in der evangelischen Kirche. Wie Theologie und Spiritualität sich verändern müssen*, Freiburg i Br., 57–74.
- Anselm, Reiner* (2013): Die Frage nach dem Subjekt in systematisch-ethischer Perspektive. Zu einer Ethik des Politischen, in: Reinmuth, Eckhart (Hg.), *Subjekt werden. Neutestamentliche Perspektiven und politische Theorie*, Berlin/Boston, 21–34.
- Barth, Karl* (1987): *Ethik II* (1928/1929), Zürich.
- Bayertz, Kurt* (2011): Wer schreibt vor? Ursprünge der moralischen Präskriptivität, in: Sellmaier, Stephan/Mayr, Erasmus (Hg.), *Normativität, Geltung und Verpflichtung*, Stuttgart, 21–34.
- Benhabib, Seyla* (1995): Ein deliberatives Modell demokratischer Legitimität, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Heft 43/1, 3–29.
- Birnbacher, Dieter* (2011): Wie viel Vernunft braucht die Moral, wie viel verträgt sie? in: Sellmaier, Stephan/Mayr, Erasmus (Hg.), *Normativität, Geltung und Verpflichtung*, Stuttgart, 57–67.
- Brunner, Emil* (1978): *Das Gebot und die Ordnungen. Entwurf einer protestantisch-theologischen Ethik* (1932), Zürich.
- Castellucci, Lars* (2022): Aufarbeitung: Mehr Verbindlichkeit, mehr Tempo und endlich Konsequenzen, in: *Stimmen der Zeit* 11, 803–807.
- Dale, Kathryn A./Alpert, Judith L.* (2007): Hiding Behind the Cloth: Child Sexual Abuse and the Catholic Church, in: *Journal of Child Sexual Abuse* 16/3, 59–74.

- Großbölting, Thomas* (2022): Die schuldigen Hirten. Geschichte des sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche, Freiburg i. Br.
- Habermas, Jürgen* (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin.
- Hofmann, Stefan* (2022): Ethik und Recht. Eine Verhältnisbestimmung aus Sicht der katholischen Moraltheologie, in: *Zeitschrift für Theologie und Philosophie* 144/2, 167–196.
- Honneth, Axel* (2021): Recht und Sittlichkeit. Aspekte eines komplexen Wechselverhältnisses, in: Forst, Rainer/Günther, Klaus (Hg.), *Normative Ordnungen*, Berlin, 42–73.
- Huber, Wolfgang* (2006): Gerechtigkeit und Recht. Grundlinien christlicher Rechtsethik, Gütersloh.
- Keupp, Heiner* (2021): Traumatisierende und traumatisierte Institutionen am Beispiel der katholischen Kirche, in: Bahne, Thomas (Hg.), *Verletzbarkeit des Humanen. Sexualisierte Gewalt an Minderjährigen im interdisziplinären Diskurs*, Regensburg, 149–171.
- Köhler, Michael* (2017): Recht und Gerechtigkeit. Grundzüge einer Rechtsphilosophie der verwirklichten Freiheit, Tübingen.
- Kreß, Hartmut* (2012): Ethik der Rechtsordnung. Staat, Grundrechte und Religionen im Licht der Rechtsethik, Stuttgart.
- Noll, Douglas E./Harvey, Linda* (2008): Restorative Mediation: The Application of Restorative Justice Practice and Philosophy to Clergy Sexual Abuse Cases, in: *Journal of Child Sexual Abuse* 17/3-4, 377–396.
- Pawloski, Hans-Martin* (1996): Recht und Rechtsbegründung in christlicher Verantwortung, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 40/1, 276–294.
- Polke, Christian* (2022): Kleine öffentlich-theologische Vorschule der Rechtsethik, in: Bedford-Strohm, Heinrich/Bubmann, Peter/Dallmann, Hans-Ulrich/Meireis, Torsten (Hg.), *Kritische Öffentliche Theologie*, Leipzig, 189–202.
- Powrozniak, Natalie/Rüschenschmidt, David* (2021): Über die inneren Mauern des Schweigens, in: *Herder Korrespondenz* 8, 31–33.
- Rashid, Faisal/Barron, Ian* (2018): The Roman Catholic Church: A Centuries Old History of Awareness of Clerical Child Sexual Abuse (from the First to the 19th Century), in: *Journal of Child Sexual Abuse* 27/7, 778–792.
- Rheeder, Riaan* (2016): Protected by Substitute Consent as a Human Right: A Reformed Perspective, in: *Studies in Christian Ethics* 29/4, 437–460.
- Rostalski, Frauke* (2022): Blinde Justitia? Die Entdeckung des Missbrauchs in der Rechtspraxis, in: Aschmann, Birgit (Hg.), *Katholische Dunkelräume. Die Kirche und der sexuelle Missbrauch*, Paderborn, 65–76.
- Sautermeister, Jochen* (2020): Transformation – Dekonstruktion – Integration. »Entschuldigungsdynamiken« der rechtlichen Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche, in: Hilpert, Konrad/Leimgruber, Stephan/ders./Werner, Gunda (Hg.), *Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen im Raum von Kirche. Analysen – Bilanzierungen – Perspektiven*, Freiburg i. Br., 268–279.
- Schockenhoff, Eberhard* (2008): Die ethischen Grundlagen des Rechts, in: *Kirche und Gesellschaft* 349, 3–16.
- Ulrich, Hans G.* (2010): God's Commandments and their Political Presence: Notes of a Tradition on the ›Ground« of Ethics, in: *Studies in Christian Ethics* 23/1, 42–58.
- Vos, Pieter* (2015): Calvinists among the Virtues: Reformed Theological Contributions to Contemporary Virtue Ethics, in: *Studies in Christian Ethics* 28/2, 201–212.
- Wirth, Mathias/Noth, Isabelle/Schroer, Silvia* (2021): Sexualisierte Gewalt und das Problem kirchlicher Separatwelten. Eine Hinführung, in: Dies. (Hg.), *Sexualisierte Gewalt in kirchlichen Kontexten. Neue interdisziplinäre Perspektiven*, Berlin/Boston, 1–25.
- Wirth, Mathias* (2021): Der Rigor der Gerechtigkeit. Eine an der Triage in der COVID-19-Pandemie ausgerichtete theologische Analyse, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 65/3, 202–214.
- Witt, Andreas/Brähler, Elmar/Plener, Paul L./Fegert, Jörg M.* (2019): Different Contexts of Sexual Abuse With a Special Focus on the Context of Christian Institutions: Results From the General Population in Germany, in: *Journal of Interpersonal Violence* 37/5-6, 1–22.
- Wrege, Wolf Reinhard* (1997): Rechtstheorie und christliche Rationalität. Annäherungen aus der Perspektive Paul Tillichs, in: *Zeitschrift für Evangelische Ethik* 41/1, 24–33.